

Investitionspolitik

Entwicklungsinteressen müssen immer Vorrang vor Profitinteressen haben.

Am 8. März 2011 fand im Parlament ein Runder Tisch zum Thema *Investitionspolitik nach dem Vertrag von Lissabon* statt, der vom parlamentarischen *Nord-Süd-Dialog* und der *Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (ÖFSE)* organisiert worden war.

Petra Bayr, die SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung sowie Vorsitzende des Entwicklungspolitischen Unterausschusses des Nationalrats, sagte dabei vor den mehr als 30 Expert/inn/en unter anderem:

„Es muss uns sehr um entwicklungspolitische Kohärenz gehen, durch Investitionsschutzabkommen darf es zu keinem Aushebeln von Umwelt- und Menschenrechten sowie von Arbeits- und Sozialnormen kommen, es gilt, einen Konflikt zwischen Volkswirtschaften und Betriebswirtschaft zu moderieren, und es muss uns bewusst sein, dass von internationalen Konzernen nicht nur Entwicklungsländer aufgrund solcher Abkommen geklagt werden können, sondern auch Länder wie Österreich. Auch die Fragen, wie nationale Parlamente künftig einzubeziehen sein werden, wie die Kooperation mit der EU-Ebene gelingt, wie Schiedsgerichtsverfahren in jedem Fall öffentlich gemacht werden können und das Parlament und die interessierte Zivilgesellschaft über Schiedssprüche informiert werden können, sind Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit Investitionsschutzabkommen stellen.“

Diese Veranstaltung war ein erster Schritt in die richtige Richtung. *„Unabdingbar ist, dass wir auch in unserer Handels- und Wirtschaftspolitik einen verantwortungsvollen Umgang mit Erfordernissen einer selbstbestimmten Entwicklung armer Länder ebenso wie mit Menschenrechten, Umweltschutz und arbeits- und sozialrechtlichen Normen finden müssen. Singuläre Profitinteressen einzelner Unternehmen dürfen niemals die Entwicklungsinteressen von ganzen Völkern unterminieren. Die österreichischen Institutionen sind sich ihrer Verantwortung bewusst“*, so *Petra Bayr* abschließend.

Elektronische Aussendung des SPÖ-Parlamentsklubs vom 8. März 2011 (bearbeitet)